

DEKLARATION ZUR VERSÖHNUNG UND EINER GEMEINSAMEN ZUKUNFT

In diesem Jahr gedenken wir des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges – der größten Tragödie der Menschheit in ihrer Geschichte. Während der Jahre 1939 – 1945 kam es zur Besetzung unserer Länder durch die deutsche Wehrmacht und zur Verfolgung der tschechischen Bevölkerung.

Nach der Befreiung Brünns, ordnete auf Beschluss des Landesnationalausschusses vom 30. Mai 1945 der Nationalausschuss von Groß-Brünn in den Nachmittagsstunden an, dass sich sämtliche deutschsprachigen Brüanner am selben Tag um 22 Uhr am Mendelplatz versammeln müssen.

In der Nacht und gegen Morgen wurden sie von bewaffneten Revolutionsgarden und Militäreinheiten aus der Stadt geführt. Diese Gruppe von etwa zwanzigtausend Personen erfuhr einen unendlichen Marsch in der Richtung zu der österreichischen Grenze. Ohne Essen, ohne Wasser, ohne medizinische Betreuung, ohne Grundhygiene, ohne Rast. Laut Augenzeugen starben unterwegs viele an Erschöpfung, viele an Epidemien, die sich im Pöhlritzer Lager verbreiteten; manche wurden von bewaffneten Begleitern erschlagen oder erschossen.

Von diesem „Racheakt“, der eine Vergeltung für Nazi-Verbrechen sein sollte, wurden aktive Teilnehmer dieser Verbrechen nur nebenbei betroffen. Die Aktion war vor allem gegen Frauen, Kinder und alte Menschen gerichtet, die eine überwältigende Mehrheit der Marschteilnehmer bildeten. Unter den Vertriebenen waren außerdem auch viele Tschechen und deutsche Antifaschisten. Diese Maßnahme ging in die Geschichte als sogenannter „Brüanner Todesmarsch“ ein.

Wir sind uns der unfassbaren und ungeheuerlichen Verbrechen, die das Naziregime beging bewusst. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, dass ein Leid immer Leid bleibt, zu jeder Zeit und unabhängig von wem verursacht.

Wir als Mitglieder der heutigen politischen Vertretung der Stadt verurteilen sämtliche 1939 bis 1945 begangenen Verbrechen und wollen am siebzigsten Jahrestag dieser Brüanner-Ereignisse aller Opfer gedenken und sie ehren, um dadurch zum Prozess der Auseinandersetzung mit dem

Unrecht beizutragen, das einen erheblichen Teil der damaligen Zivilbevölkerung Brünns betraf.

Unser Anliegen ist die Versöhnung und eine gemeinsame Zukunft. Deshalb wenden wir uns an ehemalige und gegenwärtige Brünner mit folgenden Botschaften:

Die erste Botschaft ist an diejenigen gerichtet, die von der gewalttätigen Vertreibung betroffen waren. Es ist die Botschaft der Versöhnung.

Die zweite Botschaft richtet sich an uns, heutige Brünner, die in überwiegender Mehrheit nichts Gemeinsames mit diesen Geschehnissen haben, die sich hier vor siebzig Jahren ereigneten. Es geht nicht um Selbstbeschuldigung, sondern um Verantwortung für das heutige und künftige Zusammenleben von Menschen unterschiedlichster kultureller oder ethnischer Herkunft. Diese Botschaft gibt die Hoffnung, dass sich nichts Ähnliches wiederholen wird, solange wir uns das Bewusstsein von der Unannehmbarkeit der genannten Untaten bewahren und im Stande sind, eine offene Haltung dazu einzunehmen. Es ist die Botschaft für eine gemeinsame Zukunft.

Die Stadt Brunn bereut aufrichtig die Geschehnisse vom 30. Mai 1945 und den nachfolgenden Tagen, als tausende Menschen aufgrund des angewendeten Kollektivschuldprinzips oder aufgrund ihrer sprachlichen Zugehörigkeit zum Verlassen der Stadt gezwungen wurden. Wir sind uns bewusst, welche menschliche Tragödien sowie Kultur- und Sozialverluste damals passierten. Wir äußern die Hoffnung, dass es aufgrund der Kenntnis der historischen Ereignisse und deren Folgen nicht mehr möglich sein kann, dass sich ähnliche Begebenheiten in Brunn wiederholen, und dass wir die Mai-Geschehnisse 1945 in unserem Gedächtnis als unseliges Memento behalten werden. Wir äußern ebenfalls den Wunsch, dass sämtliches früheres Unrecht vergeben werden kann und dass wir uns – von der Vergangenheit nicht mehr belastet und in gegenseitiger Zusammenarbeit – zu einer gemeinsamen Zukunft wenden.